

Bezugpreis: Vierteljahr 20.- M., monatlich 10.- M., drei Monate 30.- M., sechs Monate 60.- M., ein Jahr 120.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Komposition ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 3. März 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Der Kern des deutschen Angebots.

In diesem Augenblick, da in London die schlüsselschwere, ungeheure Entscheidung fällt, wird es manchem Leser des „Vorwärts“ erwünscht sein, ein Bild zu gewinnen, wie die deutschen Vorschläge aus der Betrachtung der finanzpolitischen Weltlage heraus gemachsen sein mögen, welche Ueberlegungen zu ihnen geführt haben können.

Wenn man nicht gerade den heutigen deutschen Zustand zum Maßstab nimmt, so ist die finanzielle Lage in Frankreich und Italien — und von den kleinen Trabanten und Schutzbefohlenen ganz zu schweigen — zweifellos sehr bedrohlich. Frankreich z. B. ist nach den Angaben des bekannten Buches von Keynes, abgesehen von sehr hohen inneren Anleihen und schwebenden Schulden, an Amerika und England mit mehr als 21 Milliarden Goldmark (gleich 210 Milliarden Papiermark) verschuldet; andererseits hat Frankreich seinen romanischen und slavischen Verbündeten mehr als 7 Milliarden Goldmark vorgestreckt, und da davon fast die Hälfte auf Rußland allein entfällt, so ist mindestens ein großer Teil von jener Summe als verloren zu betrachten.

Bekanntlich haben die Alliierten in Paris beschlossen, von Deutschland eine auf 42 Jahre zu verteilende Gesamtzahlung von 226 Milliarden Goldmark zu fordern, dazu noch eine Abgabe vom deutschen Export, die sie auf jährlich zirka eine Milliarde Goldmark schätzen. Diese Forderung wurde von der gesamten deutschen Öffentlichkeit, auch von den Vertretern der Arbeiterschaft, die ja in erster Linie die ungeheure Belastung unserer Wirtschaft abzuwickeln hätte, als unerfüllbar bezeichnet. Den Protest der deutschen Arbeiter geben ihre Klassengenossen in fast allen Ländern durch die Gewerkschaftsinternationale in eindrucksvollster Kundgebung unterstützt. Damit ist zugleich auch von unparteiischer Seite gesagt, daß notwendigerweise die deutschen Gegenanschläge hinter jener unerfüllbar hohen Summe ziffernmäßig zurückbleiben müßten. Daß der Appell an die Vernunft nicht allzu viel vermag, haben wir genugsam erlebt. Es mußte also, wenn das ziffernmäßig niedrigere Angebot Aussicht auf Annahme finden sollte, mit ihm ein Appell an das wohlverstandene Interesse der Alliierten verbunden sein. Dem ziffernmäßigen Minus muß ein anderweitiger Vorteil für die Entente gegenüber stehen. Dies ist denn auch der Fall.

Die gesamte Erörterung der Entschädigung in den alliierten Ländern wird von der Frage beherrscht, wie man die deutsche Schuld „mobilisieren“ könne. Hierin liegt in der Tat der Kern des Problems: was Deutschland in 30 und 40 Jahren zahlen wird, schafft den gegenwärtigen Bedrängnissen des französischen Staatshaushalts keine Erleichterung; zwar werden einerseits die in Paris geforderten deutschen Zahlungen infolge der Entschädigung über 42 Jahre durch die auflaufenden Zinsen so sehr vergrößert, daß aus einer ursprünglichen Summe von 50 Milliarden Goldmark am Ende der Zahlungsfrist 226 Milliarden Goldmark geworden sind — aber in gleichem Tempo vergrößern sich durch die auflaufenden Zinsen andererseits die Schulden der Ententestaaten, soweit sie nicht inzwischen zurückgezahlt worden sind. Daher der dringende Wunsch, sie eben möglichst bald zurückzahlen. Das aber kann nur durch Mobilisierung der deutschen Schuld geschehen: wenn Deutschland Garantien dafür gibt, eine internationale Anleihe zu verzinzen und allmählich zu tilgen, so können daraufhin die Kapitalisten der ganzen Welt sofort ihr flüssiges Geld für die Sanierung der Staatsfinanzen und für den Wiederaufbau zur Verfügung stellen. Die Operation würde also so aussehen: Deutschland nimmt auf dem internationalen Kapitalmarkt eine Anleihe auf, stellt den Erlös der Entente zur Verfügung und leistet seine allmählichen Zahlungen, statt an die Entente-Regierungen nun als Zinsen- und Tilgungsdienst der Anleihe an die privaten Gläubiger.

Nichts davon steht in den Pariser Beschlüssen der Alliierten, und es konnte aus einem sehr triftigen Grunde unmöglich etwas davon hineingenommen werden, so sehr sich die Sachverständigen die Köpfe zerbrechen: „mobilisieren“ kann man eine Schuld nur, wenn der Schuldner sie anerkennt und sich zur Verzinsung und Tilgung verpflichtet. Was auf einem Wechsel das Akzept des Schuldners, das bedeutet für eine Sanierung der Ententebudgets die deutsche Unterschrift. Zwar hat die Entente die fürchtbarsten Machtmittel in der Hand. Der Versailler Vertrag gibt ihr das

Recht und jedenfalls die Macht, auf graden und ungraden Wegen Deutschland zu zerschlagen und zu vernichten, wenn sie es will (und wenn der neue amerikanische Präsident, der gerade morgen sein Amt antritt, es gestattet, da doch Amerika auf den Handel mit Deutschland angewiesen ist!). Nur eines kann die Entente nicht: ohne Vergrößerung der eigenen Schulden- und Zinsenlast das Privatkapital für ihre finanziellen Bedürfnisse heranziehen! Jeder Kriegszug nach Deutschland müßte mit neuen Kriegsanleihen finanziert werden und würde die Zerrüttung in den Entente-Budgets also nur steigern. Aus dieser Sackgasse einen Ausweg zu öffnen, ist augenscheinlich die Absicht, von welcher der deutsche Vorschlag ausgeht.

Dazu kommt zweitens ein weniger komplizierter, aber darum nicht weniger wichtiger Punkt. Und im Falle einer gütlichen Regelung kommt das — von der deutschen Regierung mit allzu wenig Nachdruck aufgenommene — Anerbieten der deutschen Arbeiter in Betracht, sich beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu beteiligen. Um die Tragweite dieses Anerbietens zu ermessen, genügt ein Hinweis auf die Tatsache, daß von den zerstörten Häusern in Nordfrankreich bisher noch nicht 5 Proz. wiederhergestellt werden konnten. So wäre die Mitwirkung der deutschen Arbeiter ein weiterer Bestandteil der Rehabilitierung der deutschen Schuld — und nicht der schlechteste.

Der Grundgedanke des deutschen Vorschlags, Leistungen bis zur äußersten Grenze der Kraft zuzusagen, und mittels dieser Zusage die Bedürfnisse der Ententestaaten sofort zu finanzieren, nach dem Sprichwort „doppelt gibt, wer schnell gibt“ — dieser Grundgedanke ist zweifellos richtig und notwendig. Damit ist noch gar nichts darüber gesagt, ob im einzelnen die ziffernmäßige Bemessung des Angebots, seine Ausstattung mit Zinsen und sonstigen Modalitäten sowie seine Formulierung als sachlich richtig und politisch geschickt gelten kann; diese schwerwiegenden Fragen bedürfen einer eingehenden und strengen Prüfung, besonders auch vom Standpunkt der deutschen Arbeiter. Um des Grundgedankens willen aber verdienen alle Einzelheiten eine Erörterung, so gering leider die Aussicht zu sein scheint, daß die Alliierten das einsehen werden!

Hugo Heimann.

Bedenkzeit bis Montag.

Paris, 3. März. (WIB.) Der Sonderberichterstatter des „Petit Journal“ meldet aus London: Lloyd George werde heute Mittag den deutschen Bevollmächtigten eine Note vorlegen. In dieser Note sollen die deutschen Delegierten vor die Alternative gestellt werden, nächsten Montag, 12 Uhr, entweder das Pariser Abkommen anzunehmen, oder neue Vorschläge zu formulieren, deren Erfolg aber nicht geringer sein darf, als das Ergebnis der im Pariser Abkommen vorgesehenen feststehenden unvariablen Annuitäten.

London, 3. März. (WIB.) Der Sonderberichterstatter der Agence Havas glaubt in der Lage zu sein, über das von den alliierten Vertretern unterzeichnete Abkommen folgende Einzelheiten geben zu können:

- 1. Die deutschen Vorschläge werden für unannehmbar erklärt.
2. Das Pariser Abkommen muß die Grundlage der Besprechungen bleiben, wobei wohlgedacht die beiden beteiligten Parteien sich über die Durchführbarkeit verständigen können.
3. Die deutsche Abordnung wird vor eine Höchstfrist von vier Tagen gestellt, um ihre Annahme des Abkommens vom 29. Januar kundzugeben.
4. Falls sich die deutsche Abordnung weigern sollte, zu unterzeichnen, so würden die Alliierten zwei rheinische Kohlenhäfen besetzen, deren Namen jedoch geheimgehalten sind, für den Fall, daß diese militärische Kundgebung nötig werden sollte.
5. Wenn Deutschland weiterhin bei seiner Bewilligkeit beharrt, würde es außerdem von wirtschaftlichen Strafmaßnahmen getroffen werden, wie z. B. 1. Erhebung der Hälfte des Erlöses aus den Verkäufen Deutschlands im alliierten Ausland, 2. Ersetzung einer besonderen Zollverwaltung, welche das linke Rheinufer vom jenseitigen Deutschland abtrennt, und zwar unter Aufsicht der Reparationskommission.

Heute abend soll ein neues Abkommen unterzeichnet worden sein, welches die neuen Zuständigkeiten dieser Oberkommission bestimmt. Die beiden Akten von Strafmaßnahmen, militärische und wirtschaftliche, wovon die ersteren sofort, die zweiten in der Folge angewandt würden, werden begründet mit den Verstößen Deutschlands gegen die Verpflichtungen des Versailler Vertrages, welche bis heute festgestellt sind, besonders in der Frage der Entwaffnung und der Kohlenlieferung, deren Gesamtliste beigefügt werden wird.

Die Begründung der Ablehnung.

In der von Reuter verbreiteten offiziellen Begründung der Ablehnung des deutschen Gegenangebotes durch die Alliierten heißt es u. a.:

Die Vorschlag verdient weder eine Prüfung noch eine Diskussion.

Um seinen wahren Charakter zu zeigen, braucht man nur auf folgende Punkte hinzuweisen: 1. Die deutsche Regierung nimmt an, daß sie ohne weiteres den Gegenwartswert der festgesetzten Annuitäten auf Grund der 8-Prozent-Rechnung herauszufinden kann. Der Pariser Plan gestattet dies nur für die Diskontierung der für die ersten beiden Jahre festgesetzten Annuitäten. 2. Die deutsche Regierung kennt nicht den Wert der im Pariser Vorschlag vorgesehenen variablen Annuitäten, deren Höhe von dem Werte der deutschen Ausfuhr abhängt. 3. Die im Pariser Plan festgesetzten Annuitäten gelten als Zuschlag zu jährlicher Summe, die auf Grund der Reparationsbestimmungen bezahlt werden soll. 4. Die deutsche Regierung nimmt den Wert der auf Grund verschiedener Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag geleisteten Zahlungen auf 20 Milliarden an. Die Reparationskommission besitzert den Wert dieser Lieferungen auf weniger als die Hälfte dieser Summe. Es wird sich herausstellen, daß der Betrag, der der deutschen Regierung in Berücksichtigung dieser Lieferungen auf der Reparationsrechnung gutgeschrieben werden soll, sehr klein ist. 5. Die deutsche Regierung macht Gebrauch von der 8-Prozent-Tabelle in der Absicht, den Betrag zu errechnen, den sie schuldig ist. Gleichzeitig aber schlägt sie vor, daß die Zinsen ihrer Schuld auf 5 Proz. beschränkt bleiben sollen. 6. Die deutsche Regierung schlägt vor, daß ihre Sicherheiten in dem Ausgabebudget von der Steuer befreit werden, und belastet so das Ausgabebudget mit einem Teil ihrer eigenen Verbindlichkeit. 7. In der Annahme, daß der Betrag, den Deutschland während der ersten 5 Jahre bezahlt, einhalb Milliarden betrage, und daß die Gesamtverpflichtung in 30 Jahren abgetragen wird, wird der Betrag, den es zu zahlen haben wird, während der 25 Jahre, die auf diese Zeit folgen, und der zur Verzinsung und Amortisierung der Gesamtschuld dienen soll, 3 Milliarden jährlich betragen. Der Gegenwartswert der deutschen Zahlungen beläuft sich auf höchstens ungefähr 27 Milliarden. Es ist nur nötig, sagt Reuter, diese Summe mit dem Betrage der Zahlungen zu vergleichen, die nach dem Pariser Plan geleistet werden sollen, um die ganze Anzulänglichlichkeit der deutschen Vorschläge auseinanderzusetzen.

Nach dem Pariser Plan beläuft sich der Gegenwartswert der festen Jahreszahlungen allein nach der 8-Prozent-Tabelle auf 53 Milliarden Goldmark. Diese Tabelle ist indessen nur auf die Diskontierung der zukünftigen Jahreszahlungen während der ersten beiden Jahre anwendbar. Nach der 5-Prozent-Tabelle (die auf die Diskontierung nach 1923 angewendet werden kann) ist der Gegenwartswert über 83 Milliarden Goldmark. Es ist selbstverständlich schwer, den Wert der variablen Jahreszahlungen, wie sie der Pariser Plan vorsieht, zu schätzen, aber zum mindesten muß auf die oben genannten Ziffern in Berücksichtigung dieser Annuitäten ein wesentlicher Zuschlag gemacht werden. Die Summe, von der die deutsche Regierung verlangt, daß die Alliierten sie als Abgeltung ihrer Schuld annehmen, erreicht also nur einen kleinen Bruchteil der in Paris festgesetzten Summe. Die Folge würde sein, daß die auswärtige Schuld Deutschlands, die sich auf seine Verbindlichkeit aus der Reparation beschränkt, nur einem geringen Prozentsatz der auswärtigen Schulden gleichkommt, welche die Alliierten für den Krieg auszumachen gezwungen waren.

Auf diese Reuter-Kritiken veröffentlicht das WIB. eine „aus den Kreisen der deutschen Delegation“ stammende Erwiderung, in der jeder Punkt ausführlich beantwortet wird.

Verhandlungspause?

London, 3. März. (EE.) Morgen wird in London keinesfalls eine Beratung mit den deutschen Vertretern stattfinden. Der ganze Tag ist für die orientalischen Fragen reserviert. Wie bereits mitgeteilt, lehnt die griechische Regierung die vorgeschlagene Untersuchung Thracien und Smyrna ab. Gestern traf in London die Abordnung der Regierung von Angora ein. Sie stimmt unter gewissen Vorbehalten einer Untersuchung zu und erklärt, daß sie sich nach dieser Untersuchung der Entscheidung der Alliierten bedingungslos unterwerfen werde. Bezüglich der Revision des Friedensvertrags von Sèvres erklärt die Regierung von Angora sich unter der Bedingung hierzu bereit, daß gewisse wirtschaftliche und finanzielle Zugeständnisse zugunsten der Türkei gemacht würden.

Abwartende Haltung der deutschen Delegation.

London, 3. März. (WIB.) Der Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ erfährt über die Haltung der deutschen Delegation folgendes: Gestern tagsüber fand keinerlei Fühlung mit den Alliierten statt, woraus sich die Befürchtung ergibt, daß die Alliierten auf Drängen Frankreichs heute eine Entscheidung treffen, die mit militärischen oder wirtschaftlichen Sanktionen droht, wodurch die Möglichkeit für eine Verhandlung höchst erschwert wäre. Augenblicklich ist nicht voraussehen, wozu die Alliierten sich entschließen. Die Haltung der deutschen Delegation ist unverändert ab-

wartend trotz der starken Drohungen. Die beiderseitige Zurückhaltung verhindert eine Aussprache, so daß die wesentliche Annäherung, die früher die Experten im Sinne der Seydoux'schen Pläne erzielten, bisher nicht ausmachbar ist.

London, 3. März. (T.L.) Der Sekretär im Finanzministerium, Räder, äußerte in einer Besprechung mit einem Vertreter der „Ball Mail Gazette“ folgendes: Wir haben den Alliierten das Aeußerste angeboten, was wir zu leichten Umständen sind. Wird unser Angebot nicht angenommen, so können wir vernünftigerweise nicht weitergehen. Die deutsche Delegation ist ernstlich bestrbt, zu einer Lösung zu gelangen, weshalb sie Lloyd Georges Erklärungen sehr enttäuscht. Sie hofft und glaubt, daß sämtliche alliierten Premierminister nach genauester Prüfung der Vorschläge ihre Meinung äußern werden. Falls die Alliierten die Vorschläge nicht annehmen, werden wir auf die Bestimmungen des Versailles Vertrages zurückkommen, wonach die Wiederherstellungskommission den endgültigen Entschädigungsplan am 1. Mai vorzulegen hat. Zur Deckung der von uns vorgeschlagenen Anleihe bietet Deutschland Steuern und Monopole auf Alkohol, Tabak und Zucker an. Zur Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete Frankreichs beabsichtigt man nicht, einige Tausend deutsche Arbeiter zu entsenden, man will vielmehr den französischen Sachverständigen vorschlagen, die deutsche Industrie unter Umständen besonders zur Erzeugung des zum Wiederaufbau notwendigen Materials einzurichten.

Benesch über die politische Lage.

Prag, 3. März. (W.B.) In der gestrigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Abgeordnetenhauses erstattete der Minister des Aeußern Benesch einen eingehenden Bericht über den Verlauf und die Ergebnisse seiner mehrtägigen Reise. Er besprach zunächst seine Zusammenkunft mit dem österreihischen Kanzler, dann seinen Besuch in Rom und Paris. In Paris habe der Minister den Eindruck gewonnen, daß die Frage einer Intervention in Rußland als endgültig abgetan betrachtet werden könne. Ueberhaupt halte er kräftigste Bemühungen im Osten für unwahrscheinlich.

Die Konferenz in Porto Rose werde nach der Konferenz in Rom Mitte April stattfinden.

Nach seiner Ansicht sei aus der Londoner Konferenz mit dem Ausbruch einer sehr ernstlichen Krise zu rechnen, da einerseits Frankreich, England und Italien — auf deren Meinungsverschiedenheiten zu rechnen ein großer Reizum sei — von den Pariser Beschlüssen nicht abgehen würden, andererseits Dr. Simons sich zu sehr in der Richtung der Ablehnung festgelegt habe. Deutschland scheine über die internationalen Verhältnisse nicht hinreichend informiert zu sein. Es sei mit neuen Gebietsbesetzungen unter dem Gesichtspunkt der Sanktion zu rechnen.

In Beantwortung einer Anfrage sagte der Minister, daß von einem Engagement der Tschechoslowakei mit Polen weder im Falle eines russischen Angriffes, noch im Zusammenhang mit dem Ausgange des Bezugs in Oberschlesien die Rede sei.

Die deutschen Interessen im besetzten Gebiet.

Koblenz, 3. März. (W.B.) Die interalliierte Rheinlandkommission hat sich entschlossen, verschiedene Persönlichkeiten zu bestimmen, die als besonders geeignet erachtet wurden, die moralischen, geistigen, politischen und wirtschaftlichen Interessen der besetzten Gebiete zu vertreten. Zweck dieser Besprechungen sollte sein, die Politik der Rheinlandkommission und ihre Maßnahmen der Bevölkerung bekanntzugeben. Gleichzeitig solle die Zusammenkünfte dazu dienen, der Rheinlandkommission Wünsche und praktische Vorschläge zu unterbreiten. Die erste dieser Zusammenkünfte hat am 1. und 2. März in Koblenz stattgefunden. Die Rheinlandkommission hörte die Vertreter der Universitäten des linken Rheinufer, der katholischen und protestantischen Bekenntnisse und der Presse des besetzten Gebiets an. Die interalliierte Rheinlandkommission beabsichtigt, gegen Mitte des Monats die Vertreter der wirtschaftlichen und sozialen Interessen des besetzten Gebiets anzuhören.

London, 3. März. (W.B.) Im Unterhause erwiderte Bonar Law in Beantwortung einer Anfrage, die Gesamtzahl der im

Rheinland befindlichen britischen Truppen betrage 10 909 Mann. Die Kosten für den Unterhalt beliefen sich auf etwa 219 200 Pfund Sterling im Monat. Bonar Law erklärte außerdem, auf den Kopf der Bevölkerung entfielen in Deutschland an Steuern 599 M., in Frankreich 300 Franken, in Italien 208 Lire und in England 22 Pfund Sterling.

Der Abstimmungskampf in Oberschlesien.

Die ersten englischen Truppen.

Oppeln, 3. März. (T.L.) Gestern traf in Oppeln der erste Zug mit englischem Militär ein. Ueber die genaue Zahl der angekommenen Offiziere und Mannschaften ist bisher nichts bekannt geworden. Wie aus Kreisen der Interalliierten Kommission verlautet, werden weitere Transporte in regelmäßigen Abständen erwartet. Im ganzen werden vier Bataillone englischer Truppen nach Oberschlesien kommen. Die Rechnung einiger deutscher Blätter, daß 10 bis 15 englische Bataillone in Oberschlesien zu erwarten seien, wird von interalliiertem Seite als nicht zutreffend bezeichnet.

Ueber den Verteilungsplan des englischen Kontingents wird gemeldet: Die einzelnen Truppenteile werden nur in der westlichen Zone verhandelt, d. h. von der Oder westwärts. Ein Bataillon kommt nach Oppeln und Umgebung, ein Bataillon nach dem Kreise Kosel und dem zur Abstimmung kommenden Teile des Kreises Neustadt, ein Bataillon wird im Kreise Ratibor und Beobschütz stationiert, das vierte Bataillon wird als einziges ostwärts der Oder im Kreise Groß-Strehlitz Ordnungsdienste verrichten. Die Industriekreise und die Grenze nach Polen werden also keinen englischen Schutz erhalten. Die englischen Truppen wollen aber jederzeit verfügbar sein und eingreifen, wo es not tut.

Verhaftung eines Kriminalbeamten.

Oppeln, 3. März. (T.L.) Gestern morgen ist der Polizeiu-nterkommissar von Oberglogau, Oremba, gegen den wegen Mordverdachts ein Haftbefehl vorlag, in Oppeln verhaftet worden, als er das polnische Generalkonsulat, in das er geflüchtet war, verließ.

Die Unruhen in Italien.

Rom, 3. März. (E.E.) Die Unruhen von Florenz dauern weiterhin an. In der letzten Nacht wurden in den Arbeiterquartieren neue Barrikaden errichtet, die von den Truppen gestürmt werden mußten. Im Stadtteil Bandana mußten sogar Geschütze aufgeschahren werden. Die Nationalisten drängen in die Arbeiterbörse ein und zerstörten alles was sie vorfanden. Bisher sind 18 Tote und an 300 Verletzte festgestellt. 600 Verhaftungen wurden vorgenommen. Da die Arbeiterorganisation die Aufhebung des Generalstreiks beschlossen hat, hofft man, daß der Jugendstreik heute wieder aufgenommen werden könne.

Paris, 3. März. (T.L.) Der „Chicago Tribune“ wird aus Rom gemeldet, daß infolge der letzten Unruhen in Florenz die Stadt einem Schicksal gleich und vom übrigen Italien abgeschnitten ist. Das Ständrecht ist proklamiert worden. Panzerwagen und Tanks patrouillieren in den Straßen. Die Zahl der Toten konnte noch nicht festgestellt werden, doch ist sie sehr erheblich.

Rom, 3. März. (E.E.) Der Brand in der Schiffswerft Salmara in Triest ist nunmehr ausgeklärt. Es handelt sich um ein von kommunistischer Hand inszeniertes Attentat. Der Sachschaden beträgt an 30 Millionen. Etwa 300 Verhaftungen wurden vorgenommen. Auch in Triest gab es 3 Tote und 30 Schwerverletzte in den blutigen Kämpfen.

Florenz, 3. März. (W.B.) Die Arbeit ist zwar wieder aufgenommen worden, doch hält die Gärung in der Umgebung noch an. In die in Betracht kommenden Ortschaften ist Militär entsandt worden. In Scandicci bei Florenz mußte die bewaffnete Macht eingreifen, um die Ordnung wiederherzustellen. Als das Militär nach Florenz zurückkehrte, wurde es von der Volksmenge mit begeisterten Zurufen begrüßt.

Rom, 3. März. (W.B.) Die Zeitungen melden aus Empoli, daß militärische Lastwagen auf der Fahrt von Livorno nach Florenz von Unbekannten angegriffen wurden. Vier Militärpersonen wurden getötet und einige verwundet.

Das Märchen vom Tausendmarktschein.

Es war einmal ein Mann, der trug ärmliche Kleider und kam dennoch in die Verlegenheit, eines Tages einen Tausendmarktschein zu besitzen. Da wurde er sehr froh und glaubte, alle Not müsse ein Ende haben. Er meldete sich auf der Arbeitslosen-Fürsorgestelle ab, schützte sich als reicher Mann und machte sich daran, seinen Hunger zu stillen.

So trat er in einen Speisesteller seines Stadtviertels, den papiernen Schatz in der Hand. „Ach bedauere, auf tausend Mark können wir nicht herausgeben.“

Da ging er stolz hinaus und wandte sich nach dem Westen; er konnte ja im Esplanade oder Kaiserhof dinieren, wenn er wollte. Im Westen betrat er eine der Schlemmerstätten. Weil aber der Portier sich Bemerkungen über seinen Anzug gestattete, verbot unfreiem Held sein Ohrgelächel ein weiteres Bleiben.

Nun kam er in ein gutbürgerliches Restaurant. Und da er ein anständiger Kerl war, der niemand in Verlegenheit setzen wollte, fragte er gleich, ob man ihm auf tausend Mark herausgeben könne. Wirt, Büffetbedienter und Oberkellner prüften darauf den Schein und seinen Besitzer mit kritischen Blicken und behaupteten, der Schein könne ja falsch oder gestohlen sein, wenigstens ließe seines Eigentümers Aeußeres darauf schließen.

Inzwischen wurde aus dem Hunger des Mannes Heißhunger, und da nach einige Versuche, den Schein in Geschäften, auf der Post und in den Banken zu wechseln, aus den gleichen Gründen, die wir oben anführten, scheiterten, lehrte der Mann geknickt zu seiner Fürsorgestelle zurück, in stiller Freude auf die gewohnte Suppe.

„Sie sind Besitzer eines Kapitals von tausend Mark, Sie können hier nicht verpflegt werden.“

Das war vor vier Monaten. Gestern fand man die Leiche des Mannes, der ärztlichem Befund nach den Hungertod starb, im Walde. Den Tausendmarktschein entdeckte man in zerstücktem Zustande zwischen den Zähnen des Verstorbenen. A. S.

Parlamentsmoral. Aus Hamburg wird uns geschrieben: Moral ist doch ein zu netter Verhandlungsgegenstand für Parlamentarier. Das haben wir in Hamburg sehr wieder einmal gemerkt. Da sollte nämlich der Staat eine Kurzschaft übernehmen für ein Ferienlager der freideutschen Jugend auf Westerland.

Es tritt auf Herr Rose, ein jugendlicher Eleganter, ansonsten Parteisekretär der Deutschen Volkspartei, R. D. S., und erklärt mit dem nötigen Reserveoffizierston: Das geht nicht, die Leute baden ohne Badehose, und es ist sogar gang und gäbe, daß in den Baden jungen Leute beiderlei Geschlechts zusammen nächtigen.

Ein Entrüstungshauer geht durch die Rechte, bu-u-u-u... Shodina, denkt die Deutschnationalen Volksvertreterin und tupft sich den aufgeregten glühenden Kopf mit dem Taschentuch...

Es war nur halb so schlimm. Herr Rose (mit der Badehose) konnte, wie das einem echten teutschen Manne so geziemend, nicht den Schätzen eines Beweises erbringen. Auf die Idee, einen verkappten Filmoperateur in das Sündenbündel an der Nordsee einzuschmuggeln, war er nicht gekommen, die Hamburger Bürgerwehr kam um den Genuß einer interessanten Kinovorstellung und der düstige Parteisekretär mußte sich öffentlich solange einen Berleumder heißen lassen, bis er seinen Anwurf bewies.

Im übrigen war es natürlich kein. — Auf den Tribünen sah halsfrei und eine Unsumme Schalk in den Augen die Jugend und lechte unbändig über die jüchtigen Redensarten der Vertreter von Eitlichkeit und Moral“ aus der rechten Parlamentsecke, die entseht die Hände von sich strecken. („Wo sollen wir hinkommen, wenn unsere Jugend erst auf die Hochseitsreise nach Westerland und dann auf Ständesamt geht?“) Ein lautes „Bravo“ erscholl, als der Sozialdemokrat und ehemalige Führer der Hamburger Arbeiterjugend auffand, mit einem Rud die ganze Heuchelmaste der bürgerlichen Moral von der lachhaftesten Frage riß und zeigte, wo die neuen, wahren Werte sind von Wahrhaftigkeit, Sittlichkeit und Reinheit.

Die Demokraten aber wackelten ein bißchen rechts und ein bißchen links, und als die Vorlage von der linken Mehrheit längst beschlossen war, stand das Fraktionchen noch auf dem Korridor und drehte an der Drehseibe. Hin, her, hin, her....

Im Rose-Theater wurde gestern ein beifällig aufgenommenes „Volksstück“ Hedige Mütter (Die Stunde des Vertrauens) von Paul Joder gespielt. Der Autor zieht gegen die gedankenlose Selbstgerechtigkeit, die im Namen einer angeblichen Moral über Schwächen und Unglücksfällen des lieben Nächsten gern den Stab bricht, zu Freie und preist den Trieb der mütterlichen Liebe, welcher sich durch keinerlei Sophismen sogenannter Lebensflugheit auf die Dauer täuschen läßt. Freilich die böbliche Tendenz verliert sich in der Anlage der Handlung mit schwer ertäglichen psychologischen und moralischen Widersprüchen. Daß die Bürgermeisters-Tochter, die die Werbung des geliebten Jugendfreundes annimmt, nicht rechtzeitig den Mut zu der Erklärung findet, sie habe einem anderen heimlich ein Kind geboren, zwei Jahre in der Ehe wartet, bis die „Stunde des Vertrauens“ kommt, stimmt schlecht zur Empathie, die man für sie empfinden soll. Und vollends bleibt es unverständlich, wie der Vater, der doch als ehrenvoller Biedermann geschildert wird, das unwürdige Versteckspiel stillschweigend mitmacht, ohne sein Kind zur elementarsten Wahrheitspflicht zu mahnen. Die Empfindung, düpiert zu sein, ist bei dem Gatten, als ihm die Frau, und obendrein in hochschreiend anstößigen Worten, ihr Geheimnis offenbart, nur allzusehr verständlich. Erst seine eigene von ihm vererbte Mutter, die von der Geschichte wußte, aber nach des Verfassers Ratsschluß gleichfalls schwieg, bekräftigt seinen Groll durch das Geständnis, daß sie — noch schwerer als die junge Frau gescheit. Er selbst verdanke sein Leben einem Ehebruch, den sie ihrem Manne nie gedenkt. Das erschütterte und entwarfnet ihn. Er reißt der Frau, als sie mit ihrem Kinde vor ihm erscheint, die Hand. — Die gültige Mite, die (von jenem Juge abgesehen) weitaus gelungenste, menschlich berührende Gestalt des Stückes, wurde durch Rosa Schafel mit

In der Provinz Bari ist die Ordnung wiederhergestellt. Die „Tribuna“ glaubt, daß die Zwischenfälle in Apulien und Luskana von Kommunisten hervorgerufen wurden, um auf die Entschärfungen des Allgemeinen Gewerkschaftskongresses Einfluß auszuüben.

Horthy meldet sich wieder.

Budapest, 3. März. (Eigener Drohbericht des „Vorwärts“.) Der vor einigen Tagen ausgebrochene Streik der Seher wächst sich zu einer Kräftprobe zwischen Arbeiterschaft und Regierung aus. Nachdem die Vertrauensmänner der Drucker und Seher gestern verhaftet wurden und das Militär die Redaktion der sozialdemokratischen „Népszava“ besetzte, traten die Maschinenarbeiter sowie die Buchbinder und Lithographen in den Sympathiestreik. Die Regierung verbreitet falsche Nachrichten über eine angebliche bolschewistische Bewegung und über Bildung von Soldatenräten, um auf diese Weise ihr scharfes Vorgehen zu rechtfertigen. Die Spannung wächst stündlich. Rings um Budapest sind sechs Divisionen zusammengezogen.

Ludendorff, der Geschobene.

Im „Militärwochenblatt“ veröffentlicht Ludendorff unter der Ueberschrift „Der Zwang im Kriege“ eine Darstellung, wie im Jahre 1917 der Import der russischen Bolschewistenführer durch Deutschland nach Rußland zustande kam. Für ihn und sein Ausredantelant bezeichnend ist die Art, wie er sich als den Geschobenen und lediglich Gehorchenden der Zivilregierung hinstellt. Die Zivilregierung habe den Durchtransport angeordnet, die D.H.L. habe nur der Sache „nichts in den Weg gelegt“ und sei bei der durch militärische Stellen erfolgten Ausfertigung der Pässe für die Bolschewisten lediglich Handlanger und ausführendes Organ gewesen.

So behaupten auf einmal! Wir hoben von Ludendorff nichts anderes erwartet, als daß er wie stets sich auf die formale Verantwortlichkeit der Zivilregierung herausredet, während männiglich bekannt ist, daß die tatsächliche Leitung der Politik im Kriege nicht bei der formal verantwortlichen Zivilregierung, sondern bei der militärischen Regierung lag. Doch Ludendorff treibt die Verschleidenheit noch weiter. Er erklärt nämlich: er und die D.H.L. hätten 1917 gar nicht gewußt, wer Lenin eigentlich sei! Ein wunderbares Selbstzeugnis des Mannes, der sich befähigt hielt, die Politik Deutschlands entscheidend zu dirigieren.

Auch auf die Sozialdemokratie möchte Ludendorff sich herausreden. Sie sei die eigentlich Urheberin des Durchtransportes. Dabei vermag er selber nur auf Grund zweier sehr unsicherer Geschichtsquellen auf eine Persönlichkeit hinzuweisen, die in der Sozialdemokratischen Partei keinerlei Art während des Krieges bekleidet hat. Sie hätte den Rat erteilt. Wir wissen nicht, ob das zutrifft. Aber wenn es selbst zutrifft: Herr Ludendorff muß natürlich gehorchen, wenn irgendein Privatmann einen Ratsschlag gibt.

Die ganze schuldungshafte Ausrede zeigt nur, welche kleiner politische Charakter der zum offiziellen Genie aufgeblasene Mann in Wirklichkeit ist.

Herr Ludendorff hat vor allen Dingen eins vergessen: wie seine Getreuen seinerzeit ihren bolschewistischen Geniestreich selbst gepriesen haben. Aus den hier veröffentlichten Geheimprotokollen über den vaterländischen Unterricht haben wir die Stimme des Oberst Nikolai erwähnt, der sich im Juni 1918 vor einer Konferenz rühmte, die deutsche Propaganda habe zum Zusammenbruch der russischen Front geführt. Herr Ludendorff mag seine Vaterstadt noch so sehr beschreiben, an dem russischen Bolschewismus besitzt er zweifellos Vaterrechte.

Ein neuer Wahlsieg Lloyd Georges? Lloyd George hat, wie E.E. meldet, bei einer Nachwahl in Woolwich einen bedeutenden Sieg errungen. Dieser Wahlsieg befand sich bisher in den Händen der Arbeiterpartei und ihr Führer Ramsay MacDonald hat nunmehr gegen die Regierungspartei unterlegen.

einem Grundton natürlich-echter Herzenswärme dargestellt. Auch das junge Ehepaar (Frieda Schrang und Alfred Fuchs), der bärbeißige Papa (Sigismund Reister), wie die Nebenfiguren, waren schauspielerisch ansprechend und geschickt vertreten.

„Der Vogelhändler.“ Es war ein gescheiter Gedanke von der Leitung des Bahalla-Theaters, wieder einmal eine der alten, schon ins klassische Reichthum versunkenen Operetten hervorzuholen. Und es gibt immer daselbe Schauspiel: restlose Befriedigung, wenn auch manche Kernenaufpeicherung und großfinnige Beinverrenkung unserer heutigen Operette wegfällt. Dafür suchen die Textdichter A. West und A. Held um so sorgfältiger den Faden der Handlung auch bei den lustigsten und possenhaftesten Seitenzweigen festzuhalten und manches bei ihren Heiden etwas mehr ins feine Psychologische zu vertiefen, als wir es heute noch gemohnt sind. Und Karl Zeller, der im Privatleben so tragisch zugrunde gegangene Desterreicher (im Zuchthause gestorben), schreibt eine Musik, die heute noch allen erhöhten künstlerischen Anforderungen, auch der der charakteristischen Instrumentation, aufs Idealste entspricht. Und dann die Melodien und der Sahl. Diese Chöre und Sinalen haben einen Aufbau, dessen sich die beste Oper nicht zu schämen hätte. Aber das alles nicht prägnant, anspruchsvoll, sondern scheinbar ganz nebenbei, da uns der sprudelnde Melodiker doch in erster Linie gut unterhalten will. Man hatte viel Liebe auf die Ausarbeitung verwandt. Wolte auch zuerst der etwas verzagte Chor und das allzu großkörnige Orchester nicht recht behagen, so besserte sich das bald ganz gründlich, so daß der frisch zugewandene Dirigent Siegfried Schütz seine volle Freude an seinen Untertanen haben konnte. Auch die Spielleitung des Oberregisseurs Alfred Walter verdient volle Anerkennung. In dem Ensemble erneuerten zum Vorteile der Vorstellung mehrere Künstler ihre alte Bekanntheit von anderen Kunststätten. So Gerda Kene-Busch, die eine vorbildliche Kurfürstin Marie ist, Marie Grimm-Einödshofer, die aus der Baronin Adelaide allen nur erdenklichen Humor herausholt, und Elgi Reuhold, die Brief-Christi, die beim ersten Auftreten immer erblüht, auch ganz routiniert sich gibt, dann aber regelmäßig (wie früher als Frau Vardel) sich allzu sehr im äußerlichen verliert, wohl aus Mangel an warmer innerer Empfindung. Auf Ringens Prädikts Graf Stanislaus wäre ähnliches zu sagen, aber umgekehrt. ... Sie trat zu trivial auf, — er wird immer trockener. Hans Wallner ist ein tüchtiger Baron Weps. Die ganze Operette hängt aber an der Titelpartie, und die war diesmal ausgezeichnet besetzt. Max Willemz ist ein so waschechter, naturwüchsiger, lustiger, gefühlsreicher Tröler, daß er keine noch so kasse Spur von Theaterfärbung oder leuchtendem Salontröler zeigt. H. M.

Ein Vergnügen-Abend findet Sonnabend, 3. März, 7 1/2 Uhr im Reuen Rathaus, Fährberg, statt. Mitwirkende: Ehrliche Doer, Gustav Berner, Odoardo Vill, Erich Engel vom Deutschen Opernhaus und Konzertänger Eugen Prieger.

Vorträge. Das Kulturamt der Tschechischen Botschaft in Berlin beschließt seine Tätigkeit im Wintersemester mit einem Vortrag des Universitätsprofessors v. Harnak über: „Die Religion Goethes in der Epoche seiner Vollendung“, der am Sonntag, den 7. März, abends 8 Uhr, in der Aula der T. O., Charlottenburg, Berliner Str. 171, stattfindet.

Bürgerliche Obstruktion in Jhehoe.

Akt. 3. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Am vergangenen Sonntag hatte in Jhehoe die Wahl eines zweiten Bürgermeisters stattgefunden. Mit einer Mehrheit von über 700 Stimmen wurde der bisherige Abgeordnete Stadtrat Genosse Schinkel gewählt. Genosse Schinkel ist ein Mann, dessen bisherige Arbeit die volle Gewähr dafür bietet, daß er sich für den Posten des Bürgermeisters gut eignet. Den Bürgerlichen pochte aber diese Wahl nicht, und sämtliche bürgerlichen Stadtverordneten mit einer einzigen Ausnahme legten ihre Ämter nieder. Ebenso haben die drei bürgerlichen Stadträte demissioniert. Man steht jetzt in Jhehoe vor der Tatsache, daß infolge des Austritts aller Bürgerlichen eine rein sozialistische Stadtverwaltung vorhanden ist.

Die Bürgerlichen glaubten, daß infolge dieser Demonstration Genosse Schinkel auf seine ordnungsgemäß erfolgte Wahl verzichten würde. Da irren sie sich aber sehr. Das Stadtverordnetenkollegium ist auch nach Austritt der 14 bürgerlichen Stadtverordneten mit den verbleibenden 16 Sozialisten beschlußfähig. Für die ausgetretenen drei bürgerlichen Stadträte müssen eben drei neue aus den Reihen unserer Parteigenossen gewählt werden. Das ist der Standpunkt unserer Jhehoer Parteigenossen, und es gibt gar keine andere Lösung: Entweder nehmen die Bürgerlichen ihre bisherigen Posten wieder ein oder sie bleiben draußen. Unsere Partei hat gar keine Ursache, nach ihrer Pfeife zu tanzen oder gar die ordnungsgemäße Wahl eines gewählten Magistratsmitgliedes, nur weil er Sozialdemokrat ist, rückgängig zu machen.

Deutschnationale und Landarbeiter.

In dem verflochtenen Wahlkampf hatten es die Deutschnationalen ganz besonders darauf abgesehen, die Landarbeiter wieder als Wähler einzufangen. Diese waren ihnen durch das Aufkommen der Landarbeiterorganisation verloren gegangen. Es galt also, dem Deutschen Landarbeiterverband einen vernünftigen Schlag beizubringen, um die verlorenen Schäfchen wieder in den deutschnationalen Pferd zurückzubringen zu können.

Bei der bekannten Sturpellosigkeit der Deutschnationalen fiel die Auswahl der Mittel nicht schwer. Man kaufte sich einige Menschen, die der Organisation früher angehört oder ihr nahegestanden und ließ nun von diesen in Presse und Versammlungen die tollsten Geschichten über den verhassten Verband erzählen. Ein ehemaliger Gauobmann des Verbandes, Beschmitt, der in seinem U.S.P.-Herzen plötzlich eine zärtliche Neigung für deutschnationale Gesinnung entdeckte, mußte in deutschnationalen Versammlungen sein Sprüchlein von der Mißwirtschaft in der Gauleitung, der er selbst angehört hatte, herunterstottern. Er vergaß nur hinzuzusetzen, daß er selbst bei seinem plötzlichen Ausschcheiden alle Kassenbelege usw. aus seiner eigenen Amtsperiode fein säuberlich mitgenommen habe, um sich einer Nachprüfung seiner eigenen Kassengeschäfte zu entziehen.

Dann war in Leipzig im vorigen Jahre durch den Verband eine Einrichtung geschaffen worden, um die Verbandsmitglieder mit sehr billigen Kleidungsstücken, Wäsche und Schuhwerk zu versehen. Weil der Verband von sich aus keine Warengeschäfte machen wollte, übertrug er den Verkauf einer Prima-Firma, die verpflichtet wurde, auf den Einkaufspreis der Waren lediglich die Unkosten, die beim Verkauf erwachsen, in keinem Falle aber mehr als 10 Proz. aufzuschlagen. Auf diese Weise war es möglich, den schlesischen Landarbeitern Reichsware im Einkaufswert von etwa 1 Million Mark so billig zu beschaffen, wobei die Preise fast stets nur den dritten Teil des üblichen Ladenpreises, oft aber auch noch viel weniger betragen. Vor kurzem erwarb die Firma einen Verkäufer dabei, als er Warenpreise über die ihm vorgeschriebenen herausgelte und die sehr beträchtlichen Mehrbeträge in seine Tasche gesteckt hatte. Der Betrüger floh natürlich sofort hinaus; ein anderer war vorher schon entfernt. Den letzteren tauchten sich die Deutschnationalen und ließen ihn in Wäckeroversammlungen erzählen, der Deutsche Landarbeiterverband hätte durch den Verkauf vielfach überkaufter Waren die Landarbeiter betrogen. Daß der Verband nichts mit dem Geschäft zu tun hatte und daß der betrügerische Wursch, der kurze Zeit vorher auf Kosten der Käufer die Taschen zu füllen, sein Freund und Kollege war, das verschwiegen natürlich der Seipendiat der Deutschnationalen. Er fabelte von riesigen Schmiergeldern an Angestellte und von Schönheitsstänzen, die mit dem angeblich ergaunerten Geld veranstaltet worden seien.

Seine Erzählungen waren selbstverständlich nichts anderes als ein Gemisch von dreifachen Lügen und Verdrehungen, die aus psychologische grenzen, aber ihren Zweck als deutschnationalen Wahlschwindel erfüllen sollten. Man gab sich aber nicht damit zufrieden, diesen unabwehrlichen Schwindel nur in Schlesien zu verbreiten. Man überschwenkte auch des platt Land in den Provinzen Pommern und Brandenburg mit Hunderttausenden von Flugblättern, sprach von gepackten Stinkbomben, von dem nunmehr dank der Hilfe gekaufter Ueberläufer entfalteten „wahren Gesicht“ des Landarbeiterverbandes. Und das reaktionäre Geschwätz freute sich dießlich der ermorteten Wirkung seines biblischen Planes.

Aber die Wirkung blieb aus. Die Landarbeiter blieben bei der Landtagswahl fest; sie merkten sofort den niederträchtigen Schwindel und wurden nun erst recht bestärkt in ihrer Gegnerschaft gegen alles, was nach deutschnational aussieht. Uebrig bleibt nur die Vermehrung der Sammlung „deutschnationaler Wahlschwindel“ um ein neues Kapitel.

Das Zentrum in Preußen. Nach endgültigen Feststellungen hat das Zentrum in Preußen 2.810.000 Stimmen bei der Wahl erhalten. Dem entsprechen 70 Mandate. Auf gemeinsamer Liste mit den Welfen sind noch 3 Zentrumssitze gewählt, dazu kommen 11 ober-schlesische Abgeordnete, so daß die Zentrumsfraktion des Landtags aus 84 Abgeordneten bestehen wird.

Prozeß Sonnensfeld.

Am 7. Verhandlungstage wird weiter in der Zeugenvernehmung über die Marketenangelegenheiten fortgefahren. Durch die Vernehmung des Zeugen Thade Wald wird die interessante Tatsache festgestellt, daß durch die feinerzeit von Ernst Sonnensfeld genommenen Lieferpreise nicht das Reich, sondern die Käufer, also die aus der Kantine laufenden Soldaten erschädigt worden sind. Andererseits erklärt der Zeuge auf Befragen des Verteidigers, daß die Soldaten in der Kantine immer noch so billig kauften, daß viersach die von ihnen gekauften Waren anderwärts weiter verkauft wurden. — Der nächste Zeuge Antontanturatt Käthe faßt aus, daß es sich bei der Marketenerei um eine reine Privatsache der Truppe gehandelt habe. Die Preise seien angemessen und meist billiger gewesen, als andere Angebote. Stipuliert geworden ist der Zeuge, als ihm eines Tages Thade Wald sagte, Sonnensfeld sei mit seinem Vater da und wolle mit der Marketenerei ein Sondergeschäft machen. Der Zeuge hat das anfangs nicht für korrekt gehalten, sich aber schließlich gefügt, wenn Sonnensfeld periswert liefern, könne er auch mit ihm ein Geschäft machen. Es handelte sich um ein Buttergeschäft mit Holland.

Groß-Berlin

Der Mord in der Petersburger StraÙe.

Der Täter bekannt, jedoch schlüßig.

Die Nachforschungen der Kriminalkommissare Boese und Dr. Schuppe zur Aufklärung des Mordes an dem Schriftsteller Theodor Körner haben zu wichtigen, aufsehenerregenden Feststellungen geführt. Schon die ersten Ermittlungen zeigten, daß dieses Verbrechen einen politischen Hintergrund haben müsse. Die Kommissare mit ihren Beamten stießen so auf ein ganzes Heer polnischer und russischer Bolschewisten, die als Agenten und Unteragenten für polnische Mark und russische Rubel hier sehr eifrig an der Arbeit waren. Sie machten nicht nur Propaganda in Wort und Schrift, sondern betrieben auch einen umfassenden Schmuggel mit Waffen. So hatten sie ein großes Waffenlager bei Schöneiche eingerichtet, um die Waffen zunächst nach Ostpreußen zu verschleusen. Es gelang nach und nach, die ganze Spionagegesellschaft aufzudecken und so auch auf die Spur des Mörders zu kommen. Die Ermittlungen hatten ergeben, daß die Agenten und Unteragenten sich ausschließlich aus eingewanderten Poliziern und Polen zusammensetzten, die auch sonst in der Reichshauptstadt allerlei schmutzige Geschäfte machen und von denen daher schon eine große Anzahl mit den Strafbehörden dieserhalb in Konflikt geraten waren. Da sie bei ihren Verhaftungen durch die Kriminalpolizei fast alle fotografiert und ihre Personalien festgelegt worden waren, wurden die Bilder herangezogen und diese den Leuten des Hauses Petersburger Str. 25, in dem der Ermordete gewohnt hatte und auch der Verkäuferin aus der Viebigstraße, die dem schlüßigen Mörder nach der Tat einen neuen Hut verkauft hatte, vorgelegt. So wurde endlich von diesen Personen der Täter in der Person eines der Poliziern unter dem Namen Hermann bekannten Mannes einwandfrei wiedererkannt. Dieser „Hermann“ war seinerzeit von der Kriminalpolizei angehalten worden, als er 50.000 polnische Mark gegen deutsches Geld einzuschleusen versuchte. Das Geld, das damals beschlagnahmt wurde und noch nicht wieder freigegeben worden ist, trotzdem der Verhaftete und später wieder Entlassene einen Rechtsanwalt zur Hilfe nahm, stammte, wie sich jetzt herausgestellt hat, von „Körner“ und war diesem von Hermann, der in seinen Kreisen wieder unter dem Namen Stij bekannt war, gestohlen worden. Bei dem Versuch, das gestohlene Geld umzuwechseln, fiel er dann der Kriminalpolizei in die Hände, ohne daß dieser bekannt wurde, woher das Geld stammte. Bei den weiteren Ermittlungen nach diesem angeblichen Hermann stellte sich heraus, daß dieser in Wirklichkeit ein 26 Jahre alter aus Czestochau gebürtiger Josef Buchwacker ist, der hier zuletzt in der Siepstraße 11 wohnte. Dort war er aber, als man seine Adresse ermittelt hatte und zu seiner Festnahme schreiten wollte, nicht mehr zu finden. Er ist wahrscheinlich unterflücht von seinen noch nicht bekannten bolschewistischen Freunden, geflohen. Auf die Ergreifung des Schlüßigen ist eine Belohnung von 3000 M. ausgesetzt. Zweckdienliche Angaben nehmen die Kriminalkommissare Boese und Dr. Schuppe im Zimmer 51a des Berliner Polizeipräsidiums entgegen.

Der Raubüberfall bei Strausberg.

Zu dem Raubüberfall auf den Autoomnibus wird mitgeteilt, daß die Kriminalpolizei wichtige Spuren gefunden hat, die sie jetzt weiter verfolgt. Die Ermittlungen werden mit einem großen Aufgebot der Berliner Kriminalpolizei und der Ortspolizei von Strausberg betrieben. Es besteht die Hoffnung, daß es bald gelingen wird, das aufsehenerregende Verbrechen aufzuklären. Eine ganze Reihe von Leuten aus dem Publikum sind der Kriminalpolizei mit wertvollen Angaben bereits zu Hilfe gekommen. Es ist aber notwendig, daß sich auch weiterhin das Publikum beteiligt und daß alle, die irgendwelchen Fingerzeig geben können, das unergänzlich tun. Sie werden ersucht, sich im Zimmer 80 des Berliner Polizeipräsidiums bei Kriminalkommissar Werneburg, Hausanruf 601 und 433, zu melden.

Die Verpflichtung zum Steuernachweis.

Die Steuerverwaltung für das Gebiet der alten Stadtgemeinde Berlin hat die Mahnung wegen der fälligen Steuern veröffentlicht. Steuerpflichtigen, die diese Mahnung nicht beachten, können, abgesehen von den Unannehmlichkeiten der Zwangsversteigerungsmahnahmen, schwerwiegende Nachteile erwachsen. So wird bei Grundsteuerzahlern, wenn ihnen nicht Stundung bewilligt ist, nicht die Mobiliarpfändung vorgenommen, sondern es werden in der Regel sogleich die Rieten beschlagnahmt.

Diesemjenigen Steuerpflichtigen, die eine vorläufige Veranlagung zur Einkommensteuer oder ein Anforderungsschreiben erhalten haben, sind verpflichtet, auch wenn sie dem Lohn- oder Gehaltsabzuge unterliegen, der Steuerklasse durch Vorlegung der Steuerkarte oder einer vom Arbeitgeber ausgestellten Bescheinigung nachzuweisen, welche Beträge ihnen abgezogen worden sind. Machen sie die Anwendung des Abzugs erst, wenn der Vollziehungsbeamte zur Pfändung erscheint, so müssen sie die halben Pfändungsgebühren zahlen.

Bei Pfändung an den Vollziehungsbeamten zur Anwendung der Pfändung ist darauf zu achten, daß der Vollziehungsbeamte in jedem Falle einen Pfändungsbefehl vorzeigen muß, da die Zahlung, falls ein Unberechtigter die Steuern einzieht, als rechtsgültig nicht anerkannt werden kann.

Städtisches Siedlungsgebiet in Mahlsdorf.

Vos von der Stadt Berlin-Lichtenberg auf dem Gelände des ehemaligen Ritterguts Mahlsdorf geschaffene Siedlungsgebiet ist in seinen ersten beiden Teilen jetzt im wesentlichen abgedeckt. Gegen 850 Siedlungsparzellen von durchschnittlich je 1/2 Morgen Größe sind auf dem Siedlungsgebiet nördlich der Berliner Chaussee und zu beiden Seiten der Hönower Chaussee seit dem Frühjahr vorigen Jahres an Interessenten, hauptsächlich Kriegsbeseidigte und Kriegsteilnehmer, abgegeben und damit 500 Morgen Land in gemeinschaftlicher Weise der Reinfriedung erschlossen worden. Sobald das Bedürfnis dafür hervortritt, werden auch die südlich der Berliner Chaussee gelegenen, zurzeit noch landwirtschaftlich verpachteteten 300 Morgen dem Siedlungsgebiet zugeführt werden. Eine größere Anzahl von Siedlern beabsichtigt, mit Hilfe der in Aussicht gestellten Baukostenzuschüsse bereits in diesem Jahre mit der Errichtung von Wohngebäuden auf ihren Parzellen zu beginnen. — Auskunft über die noch abzugebenden Parzellen an der Hönower Chaussee, die sich besonders zu Geschäftszwecken eignen, wird im Lichtenberger Stadthaus, Türschloßstr. 26, Erdgeschoss, Zimmer 12, erteilt, wo auch die Lagepläne eingesehen werden können.

Verbesserungen im östlichen Vorortverkehr.

Der verbesserte Sommerfahrplan und die Tarifherabsetzung im Vorortverkehr bildeten gestern Gegenstand von Beratungen in einer Mitgliederversammlung des Zweckverbandes des Ostens. Auf eine Einvohe hatte die Eisenbahndirektion Berlin eine Abordnung des Verbandes zu einer Besprechung eingeladen, in der erhebliche Verbesserungen des Fahrplans der östlichen Strecken zum Sommer oder, soweit dies möglich ist, auch sofort zugeführt wurden. Diese Verbesserungen sollen vor allen Dingen den Anliegern der Strecke Strausberg-Dahmsdorf-Müncheberg zugute kommen, die bis jetzt noch dem Fernverkehr angehören, die jedoch in absehbarer Zeit auch in den Vorortverkehr einbezogen werden sollen. Ferner wurde auf dieser Besprechung den Vertretern des Zweckverbandes die Einrichtung direkter Züge von Rüdersdorf nach Berlin und erhebliche Verbesserungen auf der Bornschener Strecke zugeführt. Hinsichtlich der Tarifherabsetzung wurde die Einführung einer solchen als zum 1. Juni in Aussicht genommen bezeichnet, über

ihre voraussichtliche Höhe jedoch nicht gesprochen, dagegen sollen die Monatskarten einer völligen Neuordnung unterzogen werden, wobei mit einer völligen Abschaffung der Monatsnebenkarten gerechnet werden müsse.

Aus dem Gencungshelm Hoheneffe bei Rheinsberg geht uns ein Bericht des Patientenausschusses zu, der die im „Vorwärts“ schon mehrfach berührte Frage der Gewährung von Kleidergeld für die Anstaltsinsassen in breiter Darlegung erörtert. In den Verhandlungen der Hoheneffer Patienten mit der Landesversicherungsanstalt Brandenburg die Gewährung des früheren Kleidergeldes nicht zu erreichen gewesen ist, protestieren die Insassen des Gencungshelms gegen die ablehnende Haltung des Vorstandes der Versicherungsanstalt. Zu der Verfügung, daß Hoheneffe auch die Lieferung von Kleidungsstücken einstellen soll, wird behauptet, das jetzt nur mit 25 Patienten belegte Heim habe noch für 120 Patienten doppelte Leibwäsche. Hier fragen wir, warum die Anstalt nicht voll belegt wird? An Kranken wird es doch nicht fehlen.

Die bei dem Bootsunfall auf dem Tempelner See ums Leben gekommenen jungen Leute sind jetzt als der 22-jährige Student Georg Koeppen aus Potsdam und als der Stellungsoffizier Hermann Runter aus Romow festgestellt worden. Die Leiche des letzteren ist bisher noch nicht geborgen.

Jahrmännliche Beratung für Kleingärtner. Neukölln hat zahlreiche Wünsche der Raubentkultisten und Kleingärtner nach sachmännlicher Beratung in der Weise Rechnung getragen, daß eine besondere Auskunfts- und Beratungsstelle des städtischen Kleingartenamt angegliedert worden ist, woselbst Dienstags und Freitags in der Zeit von 5-6 Uhr nachmittags Auskünfte über Fragen der Bodenbearbeitung, Düngung, Ausaat, Sortenwahl, Schädlingsbekämpfung, Zimmerblumenpflege u. a. durch gartentechnische Beamte erteilt werden. Die Inanspruchnahme dieser Beratungsstelle, altes Rathaus, Zimmer 324, ist für jedermann unentgeltlich und wird somit allen Kleingärtnern im Interesse einer ausgiebigen Bewirtschaftung ihrer Gärten angelegentlich empfohlen.

Die Volkshochschule Groß-Berlin veranstaltet am Sonntag, den 6. März, nachm. 5 Uhr, in der Aula Weinmeisterstr. 15, eine Veranstaltung „Uniere Stellung zum Film“ mit Vorführungen. Vortragender: Professor R. Detrmann. Karten zu 1,50 M. an der Tageskasse.

Fredersdorf-Petershagen und Umgegend. Die Jugendweihe findet am Sonntag, den 20. März, vormittags 10 Uhr im „Alten Dessauer“ in Petershagen statt. Anmeldungen von Kindern, die nicht am Moralunterricht teilnehmen, sind baldmöglichst an den Genossen Radomski, Petershagen, Bruchmüller Weg, zu richten. (Abends nach 6 Uhr.)

Nowawes. Kaufmannsgerichtswahl. Am Sonntag, den 6. März, findet die Kaufmannsgerichtswahl statt und zwar von 9 bis 1 Uhr vormittags in der Turnhalle der Gemeindefchule 4, Schwarbnorstraße. Wahlberechtigt sind alle weiblichen und männlichen Kaufmännischen Angestellten, die am 6. März das 20. Lebensjahr vollendet resp. überschritten haben und in einem Handelsbetriebe in Nowawes beschäftigt werden, sofern ihr Jahresgehalt 50.000 M. nicht übersteigt. Für jeden denkenden Angestellten kommt für die Wahl nur die Liste I des Zentralverbandes in Frage, da kein Angestellter, der es mit der Förderung seiner Interessen ernst nimmt, die Liste der Gewerkschaftsbünde wählen kann, weil sie indirekt Unternehmerinteressen unterstüßt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Donnerstag, den 3. März:

5. Kreis. (Friedrichshagen.) 6 1/2 Uhr in den Communius-Sälen, Remeler Straße 67, Ucherordentliche Mitgliederversammlung. Referent: Reichsgesangschorleiter Reil. Einzige Thema: „Steuerfragen“. Genossinnen und Genossen der nächstliegenden Abteilungen des Kreises werden hiermit eingeladen. Mitgliedschaft legitimiert.

54. Abteilung. Charlottenburg. 7 Uhr in der Galsanienstraße im Lokal „Zum Birkahorn“ Frauenabend. Referent: Genossin Emil Buchholz.

Ober-Schöneberg. 7 Uhr, wichtige Konferenz aller in der Kommunalpolitik und in Kommissionen beteiligten Tätigen im Restaurant Neumann, Siemens-, Ede-Poststraße.

Morgen, Freitag, den 4. März:

Ober-Schöneberg. 7 1/2 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung in der Aula Friedrichstraße. Schriftführer Robert Wiener spricht über das Thema: „Wer soll in Preußen regieren?“ Erscheinen jedes einzelnen Pflicht. Durch Mitglieder eingeladete Gäste haben Zutritt.

Sport.

Der Reichsbeitrag für körperliche Erziehung.

eine Einrichtung beim Reichsministerium des Innern, in der der Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen und die Zentral-Kommission für Sport und Körperpflege zu gleichen Teilen vertreten sind, hat dieser Tage unter Leitung des Staatssekretärs Schulz eine Sitzung abgehalten. Es wurden zunächst Referentenberichte über einzelne, bei anderen Reichsressorts zur Förderung der Leibesübungen vertretene und bewickelte Bergünstigungen entgegengenommen. Bei der Aussprache über bevorstehende größere Veranstaltungen der beiden Reichsverbände wurde festgestellt, daß der Reichsbeitrag bei Anerkennung des Wunsches der Verbände nach getrennten Veranstaltungen den neutralen Boden für ein Zusammenarbeiten in bestimmten allgemeinen Fragen der Pflege der Leibesübungen zu bilden geeignet ist. Zum Spielplatzgesetzentwurf war der Reichsbeitrag bei voller Würdigung der äußerst schwierigen Finanzlage des Reiches und der Länder einmütig der Auffassung, daß die reichsgesetzliche Regelung der Spielplatzfrage eine lebensnotwendige Maßnahme zur Wiederherstellung der Volksgesundheit darstellt. In der Frage der Zulassung von Schülern zu den Übungen allgemeiner Vereine für Leibesübungen und der Aufhebung der bisher in einzelnen Ländern vorgeschriebenen staatlichen Vereicherung des Unterrichtsverlaufszeichines an Bereinswarte sprach sich der Reichsbeitrag für die Aufhebung aller Beschränkungen aus. Zum Zweck der Förderung des Schwimmwesens wurde die Wiedereröffnung von Schwimm-Anstalten und Hallenbädern, die Berücksichtigung von Übungsstätten bei der Regelung von Wasserläufen und Kanalbauten und die Einführung des Schwimmunterrichts in Schulen empfohlen.

Die Eröffnungstreffen auf der Olympia-Radrennbahn nehmen am Sonntag, 6. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, ihren Anfang. Der große Eröffnungspreis wird in drei Läufen von 15, 25 und 40 Kilometer ausgefahren und erfolgt die Platzierung nach den meist-gelassenen Kilometern.

Zu den Fliegerrennen sind über 50 Meldungen eingegangen, darunter Stabe, Schwab, Paakebusch, Hahn, Sella, Stolz, Gebr. Liez, der Ex-Amateurmeisterfaber Schröder, sowie die hannoveraner Gottfried, Ahlborn, Rogel, der Nürnberger Herz usw.

Der „Freie Wanderbund“ ist zum Karlsruherverein „Die Naturfreunde“ übergetreten. Alle Bestimmungen des bisherigen Berliner Naturgruppe erfolgen von jetzt ab als „Die Naturfreunde“.

2. M. „Die Naturfreunde“. Nächste Tour: 6. März, Tellen-Sommerwald-Ödemburg. Abfahrt 7 Uhr vorm. Gletliner Beccatthl. — Ortsgruppe Cöpenick. Sonntag: Wanderabend im Café Kleinow, Lichtenberg, Gausstr. 3 (Vgl. Stolow-Nummeloblog).

Arbeiter-Turn- und Sportbund. 4. Bezirk. Sonntag: Turnabend auf Lichtenberg-Groß-Platz, Treffpunkt 2 Uhr bei Stiller am Poststr. — Freie Turnerschaft Schöneberg-Berlin. Freitag und Sonntag: Aulus für Volkstanz in der August-Victoria-Schule, Altkönigstr. 6 (nahe Alt-Sonnenpark). 7-8 Uhr. Sonntag: Aulus für Frauenturnen. Turnhalle des Alt-Sonnenpark, Insel, Ede-Poststraße, 10-12 Uhr vorm. — Sonntag: Turnabend aller Männerabteilungen nach Groß-Platz. Treffpunkt 2 Uhr bei Stiller. — Nordkreuz. Sonntag: Schülerabend der Abt. 11. Donnerstag: Schülerturnabend. Tennisturnen im Café Kleinow, Lichtenberg, Gausstr. 3. 7-8 Uhr. — Reutlin. Freitag: Öffentliches Turnen im Altkönigstr. 6-10 Uhr. — Reutlin. Freitag: Öffentliches Turnen im Altkönigstr. 6-10 Uhr. — Reutlin. Freitag: Sonnabend-Abend mit Schilberchor, Aula der Communius-Schule, Frankow, Ede-Poststr. 7 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Die „Ambi“-Aussperrung.

Uns wird geschrieben:

Am Sonnabend vormittag um 11 Uhr wurde dem Betriebsrat der Belegschaft der Waggonreparaturwerkstätte Ambi plötzlich die Mitteilung gemacht, daß infolge gänzlicher Unrentabilität des Werkes der Betrieb geschlossen werden müßte.

Vor längerer Zeit hatte die Firma mit dem Betriebsrat Rücksprache genommen, wie es möglich sein könnte, die Produktion zu heben, um damit der Betriebschließung aus dem Wege zu gehen. Diese Verhandlungen waren, wie jetzt festgestellt werden konnte, von dem Bestreben getragen, den geschlichen Vorwand für die Betriebschließung zu suchen. Die Tatsache, daß der Betrieb in der Waggonreparatur äußerst unrentabel arbeitet, wird von keiner Seite bestritten. Denn die Waggonreparatur, für die das Reich im Höchstfalle 7000 bis 8000 Mk. zu zahlen hat, kostet in den Ambi-Werken 35 000 bis 40 000 Mk. Die Grundlage dieser unsinnigen Kosten liegt in dem von dem Beauftragten der Reichseisenbahn mit der Direktion des Ambi-Werkes abgeschlossenen Reparaturvertrag, sowie dem mit der produktionserwerbenden Eisenbahnverwaltung abgeschlossenen Kompromiß. Auf Grund dieses Vertrages verpflichtet sich die die Arbeit vergebende Behörde, den von der Firma für jeden zur Reparatur benötigten Arbeiter gezahlten Stundenlohn der Firma mit einem Aufschlag von 100 Prozent zu erstatten.

Die Direktion der Ambi hat nun eine große Anzahl von Arbeitern eingestellt zu dem ausgesprochenen Zweck, für jeden vom Reich den Zuschlag von 100 Prozent zu ergattern; trotzdem der Betriebsrat wiederholt darauf hinwies, daß es doch unmöglich sei, die angeforderten Arbeitskräfte produktiv zu beschäftigen. Daß der Zustand über kurz oder lang zu einer Katastrophe führen mußte, war begreiflich, weil ja die verantwortliche Stelle der Eisenbahnbehörde nicht weiter der Firma 35 000 bis 40 000 Mk. für jede Reparatur in den Wochen werfen konnte.

Nachdem die Betriebschließung Tatsache geworden war, haben die beteiligten Organisationsvertreter gemeinsam mit dem Betriebsrat bei den behördlichen Stellen Schritte eingeleitet, um die Betriebschließung rückgängig zu machen. Die Verhandlung bei dem Beauftragten der Eisenbahnbehörde verlief resultatlos, weil der Vertreter sich auf den durchaus verständlichen Standpunkt stellte, daß erst dann der Firma Ambi weitere Waggon zur Reparatur überwiesen werden könnten, wenn die Reparaturkosten bei der Firma Ambi nicht höher sind, als bei allen anderen Firmen. Beauftragte des Werkes haben dann gemeinsam mit dem bisher die Bewegung führenden Vertreter des Metallarbeiterverbandes über die zu ergreifenden Maßnahmen mit der engeren Verwaltung dieser Organisation Rücksprache genommen. Es wurde vereinbart, am folgenden Tage mit den freigewerkschaftlichen Funktionären sowie den Betriebsräten und den Vertretern der beteiligten Organisationen eine Konferenz abzuhalten, um noch einmal alle Möglichkeiten durchzusprechen, die geeignet erschienen, die Betriebschließung rückgängig zu machen.

In dieser Versammlung am 2. März regte der Vertreter des Metallarbeiterverbandes nochmals an, zu einer Konferenz der freigewerkschaftlichen Funktionäre zusammenzutreten und am folgenden Tage in einer erneuten Betriebsversammlung Bericht zu erstatten. Die in dem Betrieb vertretene Betriebsorganisation wollte durch Wahl eines Aktionsausschusses die freigewerkschaftliche Organisation ausschalten und die Groß-Berliner Arbeiterkraft zu einem Sympathiekampfe aufrufen. Trotzdem der mit großer Mehrheit gewählte Aktionsrat die Tätigkeit der freigewerkschaftlichen Organisation ausschaltete, bemühten sich deren Vertreter, der Ambi-Arbeiterkraft ihre Unterstützung angedeihen lassen zu können.

Unterdessen veranstaltete, aufgefordert von dem Aktionsrat, der übergroße Teil der Belegschaft der Betriebsversammlung einen Demonstrationzug. Nach kurzer Zeit machten sie durch Eindringen in das Konferenzzimmer, in dem die freigewerkschaftlichen Funktionäre versammelt waren, die Aussprache über die anzunehmenden Kampfmaßnahmen unmöglich. Der Vertreter des Metallarbeiterverbandes wurde gezwungen, vor der versammelten Arbeiterkraft zu erklären, weshalb diese freigewerkschaftliche Funktionskonferenz einberufen worden war. Eine sachliche Aussprache, die zur Klärung verschiedener Fragen gedient hätte, war aber nicht möglich.

Wenn also bisher die von allen Organisationsvertretern anerkannte Möglichkeit bestand, auf einer für die Ambi-Arbeiterkraft einigermassen erträglichen Grundlage die Betriebschließung zu inhibieren, besteht jetzt, da jede praktische Arbeit unmöglich gemacht worden ist, keine Möglichkeit mehr, dem Gros der Ambi-Arbeiterkraft helfen zu können. Die Vertreter der freien Gewerkschaften haben die Absicht, alles zu versuchen, um den wirtschaftlichen Schäden, die den Arbeitern erwächst, möglichst klein und gering werden zu lassen. Dadurch, daß sich der übergroße Teil der Belegschaft durch die jeder Einsicht unangänglichen Elemente dazu hat verleiten lassen, jedes weitere Verhandeln mit der Betriebsleitung unmöglich zu machen, wird die Schwere der Betriebschließung selber alle beschäftigten Arbeiter treffen. Für den Ausgang dieser „revolutionären Aktion“ werden sich die Ambi-Arbeiter bei denen bedanken können, die mit revolutionären Maßnahmen den Befreiungskampf der Arbeiterkraft ungeheurer erschweren, in einzelnen Fällen, wie dem vorliegenden, sogar unmöglich machen.

Niederlage der Kommunisten im Lösserverband.

Unter außerordentlich starker Beteiligung, 75 Proz. der Mitglieder, fanden am Sonntag die Wahlen zum Filialvorstand durch Urabstimmung statt. Die Vorschläge der Funktionäre wurden mit großer Mehrheit angenommen. Der größte Kampf wurde um den ersten Vorsitzenden geführt. Kemnitz erhielt 485 Stimmen, während sein Gegenkandidat Bembhöfer es nur auf 236 Stimmen brachte. Gewählt wurden außerdem: Brüggemann, Rewes, Langfi, Ernst Müller, Pippig, Wefeler, Reinte und Romad. Als Revisoren Kronfeld und Frede.

Angestellte der Färbereien und chemischen Waschanstalten!

Jahre hindurch haben es die Arbeitgeber der Färbereien und chemischen Waschanstalten verstanden, durch rücksichtslose Ausbeutung ihrer Angestellten Riesengewinne einzuhemmen und beträchtliche Kapitalien aufzuspeichern. Erst durch Eingreifen des Zentralverbandes der Angestellten ist es nach Ausbruch der Revolution gelungen, mit diesen Arbeitgebern für die Angestellten der Färbereien und chemischen Waschanstalten, besonders für die Filialleiterinnen, zu einem Tarifabkommen zu gelangen, welches ihnen eine einigermaßen erträgliche Existenz ermöglichte. Neuerdings wittern diese Arbeitgeber Morgenluft, und ihr Druck auf die Angestellten legt sich schärfer als je ein. Sie versuchen vor allen Dingen, die Unkenntnis und Indifferenz dieser ihrer Arbeitnehmer auszunutzen und legen namentlich den Filialleiterinnen Verträge vor, die sie zur Übernahme der Filialen als Pächterinnen verpflichten, ihnen aber einen ganz geringfügigen Prozentsatz zubilligen, welcher unter keinen Umständen ausreicht, das dürftigste Dasein zu fristen.

Sanz besonders tut sich hierbei die Firma Carl Bollnow, Frankfurter Allee 322, ferner D. Coumbé & Co., Rungestr. 16, Heinrich Bergmann, Gebrüder Altenberg, Alt Roabit 95/97, hervor.

Wir warnen die Filialleiterinnen ganz entschieden, irgendwelche Pachtverträge zu unterschreiben, die nur bezwecken, die tarifvertraglichen Bestimmungen zu umgehen, denn ausgehende Filialen haben die Arbeitgeber noch nie auf Pachtverträge abgegeben, sondern wälzen das Risiko der schleichenden Filialen ganz allein auf die Filialleiterinnen ab.

Der große Kreis der Konsumenten hat aber auch unzweifelhaft ein Interesse daran, die Firmen zu kennen, bei denen die Arbeitnehmer in so schrankenloser Form ausgenutzt werden.

Die Dreierträger, Plaharbeiter und Aufsicher aus den Joinier- und Kuchholzhandlungen haben durch den Transportarbeiterverband an den Arbeitgeberverband Berliner Holzhandler eine Forderung auf Zahlung einer Kinderbeihilfe in Höhe von 500 Mk., sowie einer laufenden Wirtschaftsbeihilfe von 10 Mk. für die Frau und 20 Mk. für jedes versorgungsberechtigte Kind gestellt. Die Arbeitgeber lehnten die Forderung ab. Der Schlichtungsausschuss legte „den Parteien nahe, über eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe — es wird ein Betrag von 500 Mk. in Vorschlag gebracht — sowie über eine laufende Familienbeihilfe für die Frau und jedes versorgungsberechtigte Kind erneut in Verhandlungen zu treten“.

Auf Grund des Schiedspruches wurden seitens des Transportarbeiterverbandes erneut Verhandlungen nachgeschickt. Aber auch jetzt lehnten die Herren Arbeitgeber jede Verhandlung ab. Wir begnügen uns für heute damit, das Verhalten des Arbeitgeberverbandes der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Die Angestellten der Waren-, Kaufhäuser und Spezialgeschäfte nahmen Mittwoch zum neuen Tarif, zum 6-Uhr-Ladenschluß und zu den Verhandlungen bzgl. der Feuerungszulagen Stellung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gestellte Kolb. Budlich die Mahregelei einer Kollegin im Hause Wertheim. Die Firma Wertheim hat es für richtig gehalten, diejenigen Angestellten, von denen bekannt war, daß sie Einladungszettel zur Versammlung, welche sich mit diesem Vorfall beschäftigten sollte, verteilt haben, mit Rüfen, zum Teil mit Entlassungsandrohungen zu bestrafen. Das Unerhörteste der Handlungsmethode der Firma besteht jedoch darin, daß sie denjenigen 2000 Mk. Prämie zusagte, die der Firma die Kollegen namhaft machen, welche diese Einladungszettel angefertigt haben. Die Angestellten brachten ihre Stellung zu dieser Prozedur durch einstimmige Annahme nachstehender Entschließung zum Ausdruck:

Die versammelten Angestellten der Waren-, Kaufhäuser und Spezialgeschäfte nehmen mit Entrüstung Kenntnis von der Mahregelei im Hause Wertheim und die Auslobung einer Prämie für den Verrat derjenigen, die Zettel mit Einladungen zur Betriebsversammlung verbreitet haben. Wird die Mahregelei und die Prämienauslobung nicht bedingungslos rückgängig gemacht, dann werden die Angestellten von A. Wertheim zum Abwehrkampf schreiten.

Der vorgelegte Tarifvertragsentwurf fand einstimmige Annahme. Den Bericht über die Verhandlungen bzgl. der Feuerungszulagen gab Kollege Licht, während Kollege Wille über den 6-Uhr-Ladenschluß referierte. Die Angestellten sind entschlossen, auch für diese Forderung mit aller Entschiedenheit zu kämpfen.

Zum Transportarbeiterstreik in Potsdam wird uns mitgeteilt, daß nicht, wie wir im Mittwoch-Abendblatt medeten, ein Vertreter der Technischen Rothhilfe den Oberbürgermeister bei den Verhandlungen im Stadtschloß vertreten hat, sondern der zuständige Stadtrat.

Quab der beschafflichen Angestellten und Beamten. Offen H. Monatsversammlung Freitag 7 1/2 Uhr im Eogenhof, D. 112, Anortycomade 2. U. a. Wahl des Delegierten zum Bundeskongress 1921.

Zentralverband der Angestellten. Freitag Ostmonat; 7 Uhr Mitgliederversammlung Ruffstraße, Kölln-Wilhelms-Str. 31. — Holzwarenindustrie und Handel: 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung Rosenhalden Hof, Rosenhalden Str. 11/12. — Metall:

1 Uhr Sitzung der Delegierten des Reichsverbandes der Eisen- und Stahlindustrie: 7 Uhr Mitgliederversammlung Kölln-Wilhelms-Str. 31. — Augenärzte: Sonntag 11 Uhr im U.-K. Alexanderplatz: Beschlusseinführung, Karten im Bureau, Vello-Allianz-Str. 7-10, von 10-8 Uhr und Freitag von 3-7 Uhr, Sonnabend von 10-11 Uhr zum Preis von 3 Mk.

Wirtschaft

Anarchie in der Kallindustrie.

Die Feststellungen, die wir in unserem Artikel über die Lage in der Kallindustrie („Vorwärts“ Nr. 87 vom 27. Februar) gemacht haben, liegen den Kallherren natürlich schwer im Magen. Sie fürchten für ihre Profite und stellen sich, als ob es ihnen fürchterlich schief gehe, trotzdem die Ziffern über die Ertragnisse der großen Kallwerke das Gegenteil beweisen. Deshalb sendet uns der Generalsekretär des Kall Syndikats eine längere Erwiderung, die unsere Angaben entkräften soll. Natürlich wird man von Ausführungen, die aus dem Kall Syndikat kommen, nicht erwarten können, daß sie unvoreingenommen sind, sie sollen einfach die Interessen der Unternehmerschaft vertreten. Aber vergebens wird man in diesen Auslassungen eine sachliche Richtigstellung suchen — um den Kernpunkt unseres Artikels weiß das Kall Syndikat äußerst geschickt herumzulawieren. Die Herren werden es uns daher nicht übel nehmen, wenn wir den beschränkten Raum des „Vorwärts“ mit ihren Auslassungen nicht noch weiter einschränken. Nur auf einige Punkte sei hier nochmals eingegangen:

Das Kall Syndikat läßt behaupten, die Vertreter der Arbeitnehmer, die im Reichskallratte gegen die Erhöhung der Kallpreise gestimmt, hätten sich eigentlich „im Prinzip“ für diese Preiserhöhung ausgesprochen und sie als „berechtigt“ anerkannt. Nur hätten sie vorher höhere Löhne und Gehälter verlangt. Also ein regelrechtes Handelsgeschäft, das von den Kallherren aber aus Gründen der „objektiven Überzeugung“ abgelehnt worden sei. Wie ideal, wie selbstlos! Nach unseren Informationen ist aber kein wahres Wort daran, daß die Vertreter der Arbeiterkraft im Reichskallratte die Notwendigkeit der Preiserhöhung zugegeben hätten. Das ist ja ein bekannter Trick der Unternehmer, daß sie den Arbeitnehmern bei jeder wirtschaftlichen Frage die Vergütung mit Lohnforderungen unterschieben. Aber so naiv sind unsere Arbeiter nicht, daß sie die Zusammenhänge nicht einsehen und nicht wissen sollten, wie die Erhöhung der Kallpreise auf die Brotpreise und damit auf die Preise für die gesamte Lebenshaltung zurückwirken und jede Lohnerhöhung in ihrer Auswirkung illusorisch machen würde.

Das Kall Syndikat beklagt sich sodann über „riesige Verluste“ im Inlandsgeschäft, die durch die Ausfuhr auch nicht annähernd ausgeglichen würden. Richtig ist, daß die Kallindustrie durch die bevorstehende Erhöhung der Eisenbahnfrachten eine nicht unwesentliche neue Belastung erfahren werden. Aber in der gleichen Lage befinden sich sämtliche anderen Industrien. Wenn nun tatsächlich die Ertragnisse der Kallwerke durch die gegenwärtige Lage geschmälert werden, so dürfen sie nicht vergessen, daß sie außerordentlich fette Jahre gehabt haben, und daß sie nun auch den Umwälzung tragen müssen. Man soll doch nicht vergessen, daß zum Beispiel das Kallwerk Wessertal im vorigen Jahre 30 Proz. und das Kallwerk Wessertal sogar 35 Proz. Dividende verteilt haben. In diesem Jahre sind es immer noch 7 und 10 Proz., also immerhin eine recht anständige Verzinsung. Aber diese Scheint die Unternehmern schon nicht der Rede wert, so sehr haben die Gewinne der Kriegszeit sie verwöhnt. Daran krankt ja unser ganzes Wirtschaftsleben, daß die Unternehmerschaft glaubt, sich von den Riesengewinnen der Kriegskonjunktur nicht trennen zu können, und deshalb alles anwendet, um die Preise im Inlande hochzuhalten!

Wenn es aber den Kallherren so erbarmungswürdig schlecht geht, wie ihr Gesammer glauben machen will, warum sträuben sie sich dann mit aller Kraft gegen die Sozialisierung des Kallbergbaus? Auch die Entsendung des Kall Syndikats nimmt dagegen Stellung. Allerdings mit ganz oberflächlichen, abgedroschenen Gründen. Die Sozialisierung werde „produktionshemmend“ wirken, — eine vollkommen unbeweisbare Prophezeiung, nicht eine Tatsache kann dafür angeführt werden. Dann: weil die Kallindustrie neben Kall auch noch verschiedene chemische Exportprodukte herstellt, werde die Sozialisierung „vernichtet“ wirken. Wie kann man nur mit so läppischen Einwänden kommen! Auch der Kohlenbergbau stellt zahlreiche chemische Nebenprodukte her — kein Mensch aber hat bisher behaupten wollen, bei der Sozialisierung werde z. B. die Zelluloseindustrie „vernichtet“ werden. Und endlich zum hunderttausendsten Male die eben so oft wiederholte Behauptung, die Erfahrungen, die bisher mit sozialisierten und kommunizierten Betrieben gemacht worden seien, ermunterten nicht zum Fortschreiten auf diesem Wege. Und die Ueberhüßte der preußischen Staatsbahnen in früheren, normalen Zeiten? Und die Ertragnisse städtischer Gas- und Elektrizitätswerke? Allerdings wenn heute sozialisiert wird, wird man nicht nach dem Muster früherer Verstaatlichungen verfahren, sondern so, daß die sozialisierten Betriebe auch wirklich der Allgemeinheit zum Nutzen arbeiten können! Doch davon zu reden, ist im Rahmen dieses Artikels nicht die geeignete Gelegenheit.

Wie wir hören, macht das Kall Syndikat Anstrengungen, um beim Reichswirtschaftsministerium eine Vergrößerung des Reichskallrates und damit vielleicht eine Änderung des Stimmenverhältnisses herbeizuführen.

Bericht für den rechte Teil: Dr. Werner Feiler, Charlottenburg; für Linien: Dr. Giese, Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Unterstr. 9.

SPEZIAL-ARZT f. sämtl. Geschlechts-, Harn- u. Blutuntersuchung
Dr. med. Karl Reinhardt
Potsdamer Str. 117
an der Lützowstraße
Behandlung schwerster u. veralteter Leiden d. langjährige bewährte Heilverfahren. Sprechst. 1/2-2 1/2-8 abends. Sonntag 11-1. Ausführliche Broschüre mit Beschreibung sämtl. Heilverfahren in reichhaltigem Kunst gegen Einbindung von Mk. 2.50 portofrei.

Das Christusproblem gelöst! Soeb. erschien Vor 1900 Jahr!
In einer alten orientalischen Bibliothek ist ein Dokument gefunden worden, das ganz genau mitteilt, wer Jesus Christus war: ein Bundesbruder des Essenerbundes, einer Art Freimaurerorganisation. Es ist der Bericht des Ältesten dieses Bundes in Jerusalem an den Heilboten in Alexandria. Ein christlicher Priester versuchte bei der Entdeckung das Dokument zu vernichten, da sich die ganzen mystischen Wundergeschichten auf einmal ganz natürlich erklären. Die Vernichtung gelang ihm aber nicht. Dieser Bericht ist von Fern. Schmidt ins Deutsche übersetzt. Kein Denker wird das Werk unbefriedigt aus der Hand legen.
Preis Mk. 6.50 und Mk. 1.10 fr. Nachnahme.
Gr. Bücherkatalog gratis. Albrecht Donath, Verlag, Leipzig 42

Pianos — Flügel
gebrauchte, bekannteste Firmeninstrumente; neue Große Auswahl
Stets Gelegenheitskäufe
Pianohaus, Alexanderstr. 37
gegenüber Volkshaus

WER den Umsatz seines Geschäftes erheblich erweitern will, bedient sich als wirksamstes Insertionsorgan mit bestem **VORWÄRTS** Erfolge des

Ringeisen jeder Art:
Rund-, Flach-, Quadrat u. Bandeisen, Gas-Ziede-Rohre, T-Träger u. U-Eisen, Feldschmieden und Ambosse
sowie ab Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25, Dircksenstr. 12,
Wochaplatz 12/72. Ecke Voltstr. u. Moritzplatz 12/72.

Stoffe
Herren-Damen-
Anzug- und Paletotstoffe, Kostüm- und Unterstoffe
Reise 50.-, 100.-, 150.-, 200.- Mark.
Für langjährige Verbindungen mit altbewährten jahrgänglichen Stoffen für preiswerte, gute Qualität.
Seit 1883 **Yuch-Lager** Seit 1893
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21. 66/15

Direkt ab Fabrik!
L. solid. Aus Ohr, dauerhafte Bauart, bestes Material

Kasten- und Letterwagen
90 100 110 120 cm Kasten- 198- 213- 250- 290- Länge
Hildesheim-Hamelner
Holzwaren-Industrie
Hildesheim 4. 50

Metallbetten
Stahlrohrbetten, Kinderbetten, Bettler an jeder Mann, Katalog fr. Eisenmöbelfabrik, Suhl in Thür., 66/15

Zigaretten Großhandel.
Viel Markt für Wiederverkäufer
Defen, Alexanderplatz 2, 1. Etz.
Kriegsbeschädigte Hinterbliebene Ausschüsse Behörden
finden über alle Fragen der Militärversorgung zuverlässig Auskunft im
Kommentar zum Reichsversorgungsgesetz
von Hermann Müller
Die Mitwirkung des Verfassers an dem Gesetz als Berichterstatler des Ausschusses verbürgt gründliche und zutreffende Erläuterung. Ein wertvoller Anhang mit d. wichtigsten einschlägigen Gesetzen u. Ausführungsbestimmungen ergänzt vortrefflich den Kommentar.
Preis 7.- Mark + 20%
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstr. 2